

richten unser Wort an jene, die so viel Unruhe und Gewalt verschuldet haben, indem sie ihre ungerechten Privilegien im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich verteidigen.“ Er erinnerte an die Leiden der Kirche unter dem gestürzten Regime und wiederholte das Versprechen, die Kirche werde auch weiterhin auf seiten des Volkes stehen (vgl. NCNS, 23. 10. 79). Seitdem versucht der Erzbischof, auf die linksradikale Opposition Einfluß zu nehmen, deren Aktivisten im November mehrere Ministerien und Kirchen der Hauptstadt besetzten. Er schätzte die Situation offenbar richtig ein, wenn er vor einen Rechtsputsch provozierenden Gewaltaktionen warnt.

Unter seinen Bischofskollegen steht der unerschrockene Romero eben fast isoliert da. Der zu Beginn der siebziger Jahre für mehr soziale Gerechtigkeit eintretende Bischof von San Vicente und Vorsitzende der Bischofskonferenz, *Arnoldo Aparicio*, interpretierte die jüngste leidvolle Kirchengeschichte auf dem Boden El Salvadors auf andere

Weise. In einer Predigt am 9. September dieses Jahres eröffnete er den Gläubigen, vier der sechs ermordeten Priester seien nicht von den Staatsorganen oder rechtsradikalen Sympathisanten, sondern von Guerrilleros getötet worden. So habe man den Geistlichen *Rutilio Grande* beseitigt aus Angst, er könnte die revolutionären Pläne der Untergrundkämpfer „gegen Staat, Regierung und Kirche“ verraten. Bischof Aparicio warnte in seiner Ansprache vor einem zweiten Nicaragua: „Die Verräter versprechen den Campesinos, sie würden bald Häuser, Paläste und Ländereien besitzen. Ich glaube, meine Brüder, unter Euch ist keiner, der in einem gestohlenen Haus wohnen will, das mit Blut und Gewalt in Besitz genommen wurde. Ich glaube zu wissen, was Ihr wollt, was unsere Campesinos wollen: daß wir Euch großzügig die Hand reichen, daß wir Euch helfen, daß wir Euch gerechte Löhne zahlen ... Das erwarten die Bauern von uns! Aber sie sollen nicht glauben, daß sie bald an der Macht sind“ (Zit. nach DIAL 564, 11. 10. 79).

Gabriele Burchardt

Zeitbericht

Flüchtlingsströme in allen Kontinenten

Zum gegenwärtigen Stand eines weltweiten Problems

In einer Veröffentlichung des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) aus diesem Jahr heißt es: „Seit seiner Gründung im Jahre 1951 hat UNHCR mehr als 20 Millionen entwurzelten Menschen geholfen“ (Sonderausgabe des UNHCR-Bulletins, Frühjahr 1979). Es handelte sich überwiegend um „Menschen, die aus begründeter Furcht vor Verfolgung ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Gesinnung ihr Heimatland verlassen mußten.“

Das Mandat des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge gilt zunächst diesen Menschen. Er kann aber auch – und tut es in weitem Maße – sogenannten „displaced persons“, aus anderen als den vorgenannten Gründen im eigenen Land Entwurzelten, helfen. Solche Gründe können internationale und nationale Konflikte sein, aber auch Naturkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und ähnliche Ereignisse. In der Zahl 20 Millionen sind Hilfen für „displaced persons“ nicht berücksichtigt.

Das ganze Ausmaß schwer zu erfassen

Die vom UNHCR angegebene Gesamtzahl der von ihm

seit 1951 betreuten Personen spiegelt also keineswegs das volle Ausmaß des weltweiten Flüchtlingsproblems wider. Die Zahlen für Flüchtlinge und displaced persons sind weit höher anzusetzen. In den 20 Millionen sind auch die rund 1750000 *Palästina-Flüchtlinge* nicht enthalten. Sie werden von einer eigenen UN-Organisation betreut, der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine in the Near East (UNRWA)“. Die UNHCR-Zahlen basieren auf Angaben der Regierung, in deren Bereich sich Flüchtlinge aufhalten. Aber die Regierungen kennen oft selbst nicht die genauen Zahlen, weil viele Flüchtlinge, häufig begünstigt durch schlecht kontrollierbare Grenzen, verwandtschaftliche und andere Beziehungen, ungemeldet in der Gastbevölkerung versickern. Mitunter scheut auch eine Regierung aus politischen Gründen, das ganze Ausmaß des Einströmens von Flüchtlingen in ihr Land bekanntzugeben. Die Masse der „displaced persons“ wird vom UNHCR nicht erfaßt, weil er sich dieser Gruppe nur in besonderen Fällen annehmen kann, gegenwärtig zum Beispiel in Laos.

Auf die Frage, wie viele Flüchtlinge und displaced persons es zur Zeit in der Welt gibt, wird man deshalb eine korrekte Zahl nicht erfahren können, sondern nur Schätzungen. Tatsache ist, daß die Zahlen eine steigende Tendenz

zeigen, und zwar weltweit. Kein Kontinent ist davon ausgenommen.

Gänzlich unmöglich ist es, die Zahl der *potentiellen* Flüchtlinge zu schätzen. Was geschähe, wenn die Grenzen mancher Länder weniger scharf bewacht würden als jetzt? Das plötzliche Abebben des Flüchtlingsstroms aus Vietnam nach der Genfer UN-Konferenz im vergangenen Juli bedeutete doch nicht, daß über Nacht alle Fluchtgedanken aus den Köpfen der Menschen dort verschwunden seien. Die Zahl der Flüchtlinge in aller Welt ist nicht nur abhängig von den Fluchtursachen, sondern auch von den Fluchtmöglichkeiten.

Wer sich dies vor Augen hält, ist bestürzt über das ganze Ausmaß des Flüchtlingsproblems. In welcher Welt leben wir, unter welchen Regierungen, in welchen Systemen, Umständen, daß Millionen Menschen offenbar keinen anderen Ausweg als den einer Flucht sehen? Ist unser Jahrhundert besonders grausam, intolerant, menschenfeindlich und rechtsverachtend?

Das 20. Jahrhundert scheint jedenfalls ein Jahrhundert zu werden, in dem es so viel Flüchtlinge wie nie zuvor gibt. Allein der Zweite Weltkrieg hat ca. 50 Mio. Menschen zur Flucht gezwungen. Wenn Historiker später nach einem kennzeichnenden Namen für unser Jahrhundert suchen sollten, mag ihnen neben Namen wie „Beginn des Atomzeitalters“ oder „Beginn der Weltraumreisen“ also auch die Bezeichnung „Jahrhundert der Flüchtlingsströme“ einfallen.

Wenn auch nicht jede Flucht aufgezeichnet und überliefert wurde, so muß man doch annehmen, daß es schon immer Flüchtlinge gab, solange die Menschheit besteht. Die Geschichte ist voll von Berichten über Flüchtlingsnot. Die Flucht der Heiligen Familie nach Ägypten steht beispielhaft für ein Schicksal, das jeden von uns treffen kann. Vor allem zwei Ereignisse von weltweiter Bedeutung stehen in ursächlichem Zusammenhang mit dem Flüchtlingsproblem unserer Tage: Das Ende der Kolonialzeit und die Auseinandersetzungen zwischen Ideologien und Gesellschaftssystemen, beides auf dem Hintergrund einer explosiv wachsenden Weltbevölkerung, besonders in den Entwicklungsländern. Es gibt Beispiele, die sich ausschließlich auf das eine oder andere Ereignis zurückführen lassen. Daneben gibt es aber auch viele Beispiele, in denen beide Ursachen auslösend und bestimmend wurden.

Begleitprobleme der Entkolonisierung

Nach langjährigen Kämpfen erhielten die „überseeischen Provinzen“ *Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Cabo Verde* und *Ost-Timor* die Freiheit vom Kolonialherren Portugal. Infolge der Auseinandersetzungen hatten mehrere hunderttausend Menschen Zuflucht in anderen Ländern gesucht, vor allem in Zaire. Stabilität und Frieden fehlen den ehemaligen Kolonien zum Teil heute noch. In Angola bekämpfen immer noch die Befreiungsbewegungen UNITA und FNLA die regierende MPLA. 120 000 Flüchtlinge aus Angola, einschließlich Cabinda, leben

noch in Zaire, über zehntausend in Zambia, einige Tausend in *Namibia* und *Botswana*. In Ost-Timor erlahmt erst jetzt allmählich der Widerstand der FRETILIN gegen die Angliederung dieser ehemaligen portugiesischen Kolonie an Indonesien. Die letzten Widerständler kehren in bejammernswertem Zustand aus den schwer zugänglichen Bergen, in die sie sich geflüchtet hatten, in die Dörfer und Städte zurück. Über 20 000 Menschen hatten im Grenzgebiet von West-Timor Zuflucht vor Kämpfen und vor dem Hunger gesucht. 2000 Menschen flohen aus Timor nach Portugal, davon 600 im ersten Halbjahr 1979 (ICMC, Action Notes August 1979). Von den rund 800 000 Flüchtlingen, die insgesamt aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika und Südostasien ins Mutterland Portugal flohen, wollen im Rahmen eines Abkommens zwischen den Regierungen von Portugal und Angola vom Juni 1978 2000 wieder nach Angola zurückkehren.

Auf das Konto der Kolonialzeit muß man auch die Flüchtlinge aus *Rhodesien/Zimbabwe* und *Namibia* setzen. Die Masse der Zimbabwe-Flüchtlinge befindet sich in Moçambique (über 100 000). Zambia beherbergt mehrere Zehntausend. Einige Tausend werden in Botswana betreut. Alle stehen unter der Obhut der Befreiungsbewegungen der „Patriotischen Front“.

Namibia-Flüchtlinge fanden Zuflucht im südlichen Angola, betreut von der SWAPO, in Zambia und in Botswana. Ihre Zahl dürfte insgesamt mehrere Zehntausend betragen.

Von brennender Aktualität ist die Lage der Flüchtlinge aus Äthiopien. Rund 300 000 Eritreer flohen in den Sudan. Ihre Hoffnung auf Autonomie oder sogar volle Souveränität für Eritrea ist in schweren Kämpfen mit äthiopischen Truppen, die von Kubanern unterstützt wurden, vorläufig zerstört worden.

300 000 bis 500 000 Bewohner des *Ogaden*-Gebietes in Äthiopien leben heute, nach dem Fehlschlag des somalischen Feldzugs im Ogaden 1977, als Flüchtlinge im armen Somalia, weitere 30 000 in Djibouti, einige auch in Kenia. In Äthiopien selbst mußte infolge des Ogaden-Konfliktes für 500 000 displaced persons gesorgt werden. Ein Blick auf die streckenweise wie mit dem Lineal gezogenen Grenzen erklärt hinreichend, daß hier natürliche volkliche Zugehörigkeiten durchschnitten und dadurch Konfliktgründe geschaffen wurden. Ein Amnestie-Versprechen der äthiopischen Regierung für alle Rückkehrwilligen hat bisher wenig Erfolg gehabt.

Äthiopien seinerseits gewährt etwa 30 000 Flüchtlingen aus anderen Ländern Zuflucht, darunter 20 000 Sudanesen, meist Überbleibsel aus dem 17jährigen Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan, der 1972 durch Vermittlung von Kaiser Haile Selassie beendet wurde.

Opfer der Entkolonisierung von ehemals *Spanisch-Marokko* sind die über 100 000 Sahara-Flüchtlinge im algerischen Grenzgebiet. Die Mehrzahl der Bewohner dieser ehemaligen spanischen Kolonie akzeptiert nicht die Aufteilung ihres Landes zwischen Mauretanien und Marokko.

Mauretanien hat inzwischen unter dem Druck der Befreiungsbewegung POLISARIO, der politisch-militärischen Führung der Saharouis, auf seinen Anteil verzichtet.

Zum Teil als Spätfolgen der Entkolonisierung muß man auch manche Unruhen und Unterdrückungsmaßnahmen ansehen, die sich erst nach dem Erwerb der Unabhängigkeit in einigen Ländern ereigneten. So leben seit dem schweren Konflikt 1972 zwischen der dominierenden Tutsi-Minderheit und der Hutu-Mehrheit in *Burundi* 11 300 Flüchtlinge aus Burundi in Zaire, 7500 in Rwanda und mehr als 120 000 in Tanzania. Sie sind dort in den größten Flüchtlingsiedlungen Afrikas vorläufig ansässig geworden.

Zaire trägt außerdem seit 1976, wie bereits erwähnt, die Bürde von mehr als 100 000 Flüchtlingen aus Angola, einschließlich Cabinda. Es muß zudem die Wiedereingliederung von rund 200 000 eigenen Bürgern bewältigen, die überwiegend nach Angola geflüchtet waren. Nach der Erklärung einer Amnestie am 28. Juni 1978 durch die Regierung von Zaire ist mehr als die Hälfte bereits zurückgekehrt. Darunter befinden sich auch einige tausend Flüchtlinge, die in Zambia, Uganda und im Sudan Zuflucht gesucht hatten. Während der beiden Aufstände in der zairischen Shaba-Provinz (1977 und 1978) waren schätzungsweise 220 000 Personen geflohen, die meisten in die angolanischen Nachbarprovinzen.

Mit Genugtuung wurden auch bei uns die Nachrichten vom Sturz dreier Tyrannen in afrikanischen Ländern aufgenommen. 1979 brachte das Ende der Schreckensherrschaft von *Idi Amin* in *Uganda* (April 1979), *Francisco Macias Nguema* in *Äquatorial-Guinea* (August 1979) und Kaiser *Bokassa* in *Zentralafrika* (September 1979). Besonders Nguema und Amin hatten das Flüchtlingselement in Afrika vergrößert. Die Zahl der auf ihr Geheiß Umgebrachten kann nur geschätzt werden. Flüchtlinge aus Uganda mußten Kenia, Tanzania und nach Amins Sturz vor allem der Sudan (30 000) aufnehmen. Präsident Nguema brachte es im Laufe einer 11jährigen Schreckensherrschaft fertig, daß von den 320 000 Bewohnern seines Landes etwa ein Drittel ins Ausland floh, vor allem nach Gabun und Kamerun.

In diesem Zusammenhang muß man auch noch die Schreckensherrschaft von *Sékou Touré* in Guinea-Conakry erwähnen. Die Flüchtlinge aus diesem Land werden auf eine Million geschätzt. 600 000 sollen im Senegal leben.

Vom Libanon bis Indochina

In gewisser Weise tragen auch die heutigen Libanon-Flüchtlinge an den Folgen der Kolonialzeit. Das Gleichgewicht zwischen Christen und Muslimen im Libanon wurde durch den Zustrom der Palästinenser gestört, eine der wichtigsten Ursachen für den Bürgerkrieg. Die Palästinenser aber sind selbst Opfer der Beendigung der Mandatszeit im Mittleren Osten.

Afrika hat ohne Zweifel am stärksten unter den Folgen

der Kolonialzeit zu leiden. Von seinen gegenwärtig 4 Mill. Flüchtlingen sollen, wie auf der Panafrikanischen Flüchtlingskonferenz in Arusha/Tanzania vom 7. bis 17. Mai 1979 festgestellt wurde, 75% aus unabhängigen afrikanischen Staaten kommen, 25% aus von Weißen regierten Ländern (Bericht ICMC vom 15. 5. 79).

In Asien ist die Entkolonisierung im großen und ganzen abgeschlossen. Die Nachwirkungen sind jedoch noch überaus spürbar. Schmerzliches Beispiel bietet Indochina.

Seit der UN-Konferenz über die Indochina-Flüchtlinge am 20./21. Juli 1979 in Genf gibt es zwar Anzeichen für ein Nachlassen des Flüchtlingsstroms aus Vietnam. Im September dieses Jahres trafen aber immer noch 6699 Bootsflüchtlinge und 4616 Landflüchtlinge in den Nachbarländern ein. Im gleichen Zeitraum konnten 25 495 Indochina-Flüchtlinge ihre Lager verlassen und in Drittländern aufgenommen werden (UNHCR-Information vom 21. 9. 79). Für den 30. September 1979 gibt der UNHCR die Zahl der indochinesischen Flüchtlinge und displaced persons in Südostasien mit 341 926 an. Offensichtlich nicht enthalten in dieser Zahl sind 80 000 evakuierte Thai im thailändischen Grenzgebiet sowie die immer noch beträchtliche Zahl der displaced persons in Vietnam. Sie betrug zeitweilig mehr als 300 000 Menschen.

Erfreulicherweise übersteigt zur Zeit die Zahl der aus asiatischen Lagern in Drittländer weitergeleiteten boat-people-Flüchtlinge die Zahl der Neuzugänge. Die Bundesregierung, die inzwischen im Verein mit den Bundesländern die Aufnahme von 20 000 Indochina-Flüchtlingen genehmigt hat, gehört zu jenen Ländern, die am schnellsten die Überführung ihrer Flüchtlingsquote durchführen. In *Malaysia*, *Indonesien* und *Thailand* hat der Druck der Übervölkerung in den Lagern nachgelassen. Weniger zügig erfolgt die Weiterleitung der fast 70 000 Indochina-Flüchtlinge aus *Hongkong* (Stand Anfang Oktober 1979). In der überfüllten britischen Kronkolonie sieht man das mit großer Sorge, weil ja auch zahlreiche Menschen legal und illegal aus China in das enge Hongkong einwandern. In den vergangenen 18 Monaten waren es 220 000. Die Hongkong-Regierung schickte deshalb im September 1979 eine Delegation, bestehend aus zwei Vertretern kirchlicher Hilfswerke, nämlich der Caritas Hongkong und des Hongkong Christian Service, auf eine Goodwill-Tour nach den USA, Kanada, England und in die Bundesrepublik, um für einen „fairen Anteil“ Hongkongs an den Abnahmequoten zu werben.

Kirchliche Hilfswerke aus den asiatischen Erstaufnahmeländern hatten auf einer Konferenz zum Problem der Indochina-Flüchtlinge in Bangkok vom 16. bis 20. Juli 1979 in einem Appell an die Katholiken in aller Welt gefordert, daß bis Weihnachten dieses Jahres 300 000 Flüchtlinge in Drittländer aufgenommen werden sollten. Auch der päpstliche Rat COR UNUM und Vertreter westlicher kirchlicher Hilfswerke, darunter Caritas Internationalis, Deutscher Caritasverband und MISEREOR, nahmen an der Konferenz teil.

Am 15./16. August 1979 fand ebenfalls in Bangkok eine Konferenz der deutschen Botschafter und Missionschefs aus den asiatischen Ländern mit Indochina-Flüchtlingen statt. Das Auswärtige Amt hatte hierzu auch Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der Caritas und des Diakonischen Werkes eingeladen. Die Konferenz erarbeitete u. a. Vorschläge, um die Übernahme von Flüchtlingen in die Bundesrepublik zu beschleunigen. Das Angebot der Hilfswerke, im Bedarfsfall die Botschaften personell zu verstärken, wurde angenommen. Personelle Hilfe durch die Hilfswerke erhielten die Botschaften in Thailand, Malaysia, Indonesien und das Generalkonsulat in Hongkong. Ein besonderes Problem, auch für die humanitären Hilfsorganisationen, stellt *Kampuchea* (Kambodscha) dar. Dramatische Berichte über die Auswirkungen einer landesweiten Hungersnot alarmierten in den vergangenen Monaten die Weltöffentlichkeit. 200 000 Kambodschaner flüchteten halbverhungert nach Thailand. Die auf neutraler Behandlung aller Betroffenen basierenden Angebote der Hilfsorganisationen stießen bei den neuen Machthabern in Phnom Penh auf Schwierigkeiten, weil diese Hilfe für das noch von Anhängern Pol Pots gehaltene Gebiet nicht dulden wollten.

Wenn man von Nachwirkungen der Kolonialzeit spricht, muß man wohl auch noch die *Philippinen* erwähnen. 1968 wurde dort ein Anspruch auf Sabah gesetzlich verankert. Heute spricht man kaum darüber. Sabah gehört heute zu Ost-Malaysia. 90 000 Flüchtlinge aus den Philippinen wurden dort in den vergangenen Jahren angesiedelt. – In Mindanao und auf einigen anderen südlichen Inseln der Philippinen bemüht sich die Regierung seit Jahren vergeblich, rebellierende Moros (Moslems) zu befriedigen. Immer wieder muß die Bevölkerung Dörfer verlassen und Zuflucht an sichereren Orten suchen.

Opfer ideologischer Systeme

Natürlich geht es in Indochina heute auch um die Umwandlung alter Gesellschaftssysteme und um die Etablierung von kommunistischen Regierungen gegen den Willen eines Teils der Bevölkerung.

Ein weiteres Beispiel für eine Flüchtlingsbewegung aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen Ideologien und Gesellschaftssystemen bietet *Afghanistan*. Nach der Übernahme der Macht durch eine marxistisch orientierte Regierung im vergangenen Jahr ist das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Besonders der atheistische Kurs der neuen Regierung mußte die Mohammedaner verletzen. Ohne massive russische Unterstützung hätte sich die kommunistische Regierung kaum behaupten können. Bis Ende August 1979 waren 185 000 Menschen aus Afghanistan ins benachbarte Pakistan geflüchtet (UNHCR Refugee Update, 21. 9. 79). Ähnliche Ereignisse haben in den vergangenen Jahren besonders in Lateinamerika zahlreiche Menschen zur Flucht veranlaßt.

Anfang dieses Jahres eröffnete der UNHCR ein Büro in Spanien. Tradition, sprachliche Verbundenheit und andere

Beziehungen haben in den vergangenen Jahren weit über 100 000 Flüchtlinge aus Lateinamerika veranlaßt, in Spanien Zuflucht zu suchen. Sie kamen überwiegend aus Ländern, die von rechtsgerichteten Militärregierungen regiert werden. Viele hatten nach dem Sturz Allendes im September 1973 Chile verlassen müssen. Andere stammen aus Argentinien, Paraguay, Uruguay oder Nicaragua.

Von den insgesamt 45 000 *Chile*-Flüchtlingen wurde ein Teil auch von den kommunistisch oder sozialistisch regierten Ländern aufgenommen, u. a. 1000 von Rumänien. Inzwischen möchte eine Gruppe dieser Flüchtlinge lieber in ein westliches Land umsiedeln. Das stößt auf große Schwierigkeiten, weil diese Länder neben den anderen Flüchtlingsverpflichtungen nicht auch noch Leute aufnehmen wollen, die andernorts bereits akzeptiert waren. In fast allen lateinamerikanischen Staaten leben heute Flüchtlinge aus Nachbarländern: Chilenen in Argentinien, Argentinier in Brasilien, Kolumbianer in Venezuela, Paraguayaner in Brasilien, Chilenen in Peru usw. Die Zahlen reichen nicht an die Flüchtlingszahlen in Afrika oder Asien heran. Insgesamt dürften es aber doch einige hunderttausend Menschen sein.

Einen neuen Flüchtlingsstrom brachten in jüngster Zeit die Ereignisse in Nicaragua. Der erste große Schwung erfolgte im September 1978 mit 10 000 Flüchtlingen nach Honduras und 8000 nach Costa Rica. Im Juli 1979 wurde die Gesamtzahl der Flüchtlinge aus Nicaragua mit 110 000 angegeben, davon je 50 000 in Honduras und Costa Rica und 10 000 verstreut auf andere Länder (UNHCR Refugee Update, 6. Juli 1979). Ein Teil der Flüchtlinge ist inzwischen in ihr Heimatland zurückgekehrt.

Ein solch grober Überblick läßt natürlich Angaben über *Hilfsprogramme* vermissen. Diese können hier nicht dargestellt werden. Das Anwachsen der Flüchtlingszahlen, sicherlich zum Teil auch verstärkt durch die besonders in den Entwicklungsländern feststellbare Zunahme der Bevölkerung – immer mehr Menschen sind durch ein flucht-auslösendes Ereignis jeweils betroffen – zwingt die Helfer zu wachsenden Ausgaben. Das ist nicht nur am Budget des UNHCR abzulesen, sondern auch in den Berichten der privaten Hilfsorganisationen. So fließen beim Deutschen Caritasverband mittlerweile 40% seiner 25 bis 30 Millionen für Not- und Katastrophenhilfen jährlich in Hilfen zugunsten der Flüchtlinge und anderer Opfer von durch Menschen verursachte Katastrophen (Auslandshilfe des Deutschen Caritasverbandes 1978).

Die erzielten Erfolge auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe sind beachtlich, die Nebenwirkungen weitreichend. Sie tragen mit dazu bei, daß sich auch bei uns manches verändert. Mit den bisher zur Aufnahme genehmigten 20 000 indochinesischen Flüchtlingen wird zum ersten Mal eine größere Gruppe Asiaten bei uns integriert. Nehmen wir dazu die wachsende Zahl der Asylanten und unsere Gastarbeiter, dann wird deutlich, daß unser Bevölkerungsbild künftig anders aussehen wird als bisher. Wir sind auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die die Zusammengehörigkeit aller Mitglieder der Menschheitsfamilie sichtbarer werden läßt als in früheren Zeiten.

Karl Wegen